

Neuer Putschismus in Lateinamerika

Das Beispiel Paraguay



«Jeder 11. hat seinen 13.»

Wie sich das Imperium auf das emanzipatorische Lateinamerika einschiesst
Seite 3

Expressumsturz

Interessen von Agrobusiness, Pentagon, Narcos und Multis hinter dem Putsch
Seite 4 – 8

Nie wieder Diktatur!

Trotz Repression: Volksbewegungen kämpfen für Rückkehr zur Demokratie
Seite 9

Im Griff des Terrors

Paraguays dunkle Kapitel der jüngsten Geschichte und die Operation Condor
Seite 12

Internationale Solidarität

Informationsveranstaltungen zu Putsch, Widerstand und Perspektiven
Seite 16

Neuer Putschismus gegen den Umbruch in Lateinamerika

«Halts Maul, Schweiz!» – so der aus tiefer Not geborene Schrei in den letzten beiden antidot-Nummern. Aber die Mächtigen und ihre Medien sitzen nur aufs Maul, wenn es zum Beispiel um Geldwäscherei geht. Oder um einen «parlamentarischen Putsch» in Paraguay.

Dabei gäbe es durchaus Berührungspunkte zwischen dort und hier. Da wäre etwa der berühmte paraguayische Staatsanwalt Rogelio Ortuzar. Wenige Tage nach dem Putsch vom 22. Juni gegen Präsident Lugo liess er verlauten, die Ideologie des «Klassenkampfes» sei, da Gewalt fördernd, verboten. Ihm war entfallen, dass das diesbezügliche Gesetz 294 nach dem Sturz des Diktators Stroessner 1989 aufgehoben worden war. In der Schweiz hielt der Bundesrat vor einigen Jahren in einem Staatsschutzbericht fest, dass Denken, das von der Interessenunvereinbarkeit verschiedener gesellschaftlicher Gruppen ausgehe, prototerroristisch sei.

Es gibt weitere Berührungspunkte. Einer der Gründe für den Sturz Lugos liegt darin, dass seine Regierung den Interessen der Multis und AgrarunternehmerInnen nicht genügend zugedient hat. Der paraguayische Autor und Agrarwissenschaftler Idilio Méndez schreibt: *«Die Unión de Gremios de Producción, UGP – Grossgrundbesitzer, Spekulanten und Landrentiers – war Dreh- und Angelpunkt für das Komplott gegen Lugo. Als der Multi Monsanto wegen Nichterfüllung gesetzlicher Auflagen Schwierigkeiten bekam, sein Gentechsaatgut für Baumwolle und Mais durchzusetzen, begann der Druck der UGP zu steigen. [...] Dieses Gremium drängte zuerst auf die Absetzung von Miguel Lovera, der das für die Zulassung und Kontrolle von Saatgut zuständige nationale Institut SENAVE leitet. Zuletzt übte sie Druck für einen politischen Prozess gegen Lugo aus. [...] Die Schlussphase scheint mit der Anzeige einer Pseudogewerkschafterin des SENAVE namens Silvia Martínez eingeleitet worden zu sein. Die Frau bezichtigte im [erzreaktionären Blatt]*

«ABC Color» [den Institutsleiter] der Korruption. Martínez ist Ehefrau von Roberto Cáceres, Vertreter mehrerer Agrarunternehmen, darunter Agrosán, das kürzlich von Syngenta erworben worden ist – alle Mitglieder der UGP.» Méndez arbeitet selber im SENAVE, aus dem jetzt die Linken wie aus anderen Staatsinstitutionen massenhaft «herausgesäubert» werden, und schrieb uns: *«Jetzt kontrollieren die Elemente von Syngenta und Monsanto das SENAVE.»*

Nur einen Monat nach dem Putsch legalisierte das Agrarministerium ein unter Lugo blockiertes genmanipuliertes Monsanto-Saatgut für Baumwolle, das Bollgard I. Bei der Eile gab es keine Zeit, die gesetzlich unerlässlichen Plazets der Gesundheits- und Umweltministerien abzuwarten und auf sonstige Details zu achten – wie nämlich, dass Monsanto Bollgard I in Südamerika nicht ausliefert. Jetzt wird im Eiltempo das Monsanto-Saatgut Bollgard II «legalisiert».

Nicht Seldwyla, sondern «República Única de la Soja». So die glückliche Namensgebung einer Syngenta-Landkarte von Brasilien, Paraguay, Bolivien und Argentinien, wo der Schweizer Multi als Nummer 2 nach Monsanto eine brutale Monokultivierung durchsetzt. Nach Aussagen von Tomás Zaya von der indigenen und Volksorganisation Cenocip stellte die Weltbank im Jahr 2006 eine Planung auf, wonach *«im Jahr 2015 der Anteil der Landbevölkerung in Paraguay an der Gesamtbevölkerung noch zwischen 12 und 15 Prozent betrage, um Soja und Zuckerrohr als Erdölersatz zu produzieren»*. Heute beträgt der Anteil fast die Hälfte der Bevölkerung.

Das Schweigen des Mainstreams folgt dem imperialen Skript. Die US-dominierte Organisation Amerikanischer Staaten mochte sich bisher noch nicht einmal zu einer vorläufigen Suspendierung der Mitgliedschaft Paraguays durchringen, sondern will bei den nächsten Wahlen «mithelfen» – für ein «richtiges» Resultat. Wie in Honduras, wo

aber nach dem Putsch 2009 eine zeitweilige Suspendierung noch geboten schien. Anders der Mercosur – die Wirtschaftsgemeinschaft im Cono Sur – und der südamerikanischen Staatenbund Unasur: Sie suspendierten Paraguay. Damit konnte Venezuela endlich in den Mercosur aufgenommen werden, was die Tendenz zur wirtschaftlichen Unabhängigkeit des Südkontinents stärkt. Der Putsch als Eigentor, wie das wütende Geheul aus Washington und den Rechtskräften im Cono Sur deutlich belegt. Kein Thema für die hiesigen Medien – Kunststück! Nehmen wir zum besseren Verständnis die Aussage von Samuel Pinheiro, dem eben zurückgetretenen brasilianischen Unasur-Sekretär: Die USA setzen für die wirtschaftspolitische Zurichtung des Kontinents auf eine *«weitere Liberalisierung von Handel, Finanzen und Investitionen, Dienstleistungen und Schutz des geistigen Eigentums»*. Musik in elitären Schweizer Ohren. Bezeichnenderweise «droht» jetzt das von der EU angestrebte Freihandelsabkommen mit dem Mercosur zu platzen, wegen des Einschlusses von Venezuela, nicht wegen des Putsches in Paraguay.

In diesem Heft wollen wir das Schweigen zum neuen Putschismus gegen den Aufbruch in Lateinamerika durchbrechen, den aktuellen und weitere Putsch- sowie Destabilisierungszusammenhänge beleuchten und natürlich den Widerstand in Paraguay zu Wort kommen lassen. Die verfeinerte Modalität von «legalen Putschen» wie in Honduras und Paraguay soll zum Courant normal werden, zusammen mit anderen Destabilisierungsoffensiven wie aktuell in Venezuela, Bolivien, Ecuador oder El Salvador oder dem permanenten «Drogenkrieg» in immer grösseren Teilen des Kontinents. Wir wissen: Sie betreiben den Krieg gegen unten. Wir rufen zur internationalen Solidarität auf.

— Dieter Drüssel, Zentralamerika-Sekretariat

IMPRESSUM

«Jeder 11. hat seinen 13.»

Legal, illegal, scheissegal! Das Imperium schiesst sich auf das emanzipatorische Lateinamerika ein. Aktuelle Umsturz- und Destabilisierungsversuche von Venezuela bis Paraguay.

Vom Korkenknallen bis zum Katzenjammer ging es drei Tage – auch in den hiesigen Medien. Am 11. April 2002 spürbare Ausgelassenheit: Der venezolanische Präsident Hugo Chávez ist gestürzt worden. Am 13. der Kater: Der Putsch ist gescheitert. Zwei Jahre später ging man in Haiti auf Nummer sicher: Präsident Aristide wurde von einer US-dominierten Invasionstruppe weggeputscht, deren UNO-Nachfolge-mission in den folgenden Jahren im Zeichen der «Bandenbekämpfung» Terror in den Armutsquartieren von Port-au-Prince verbreitete.

Das Imperium hat seit Caracas dazu gelernt. Die pseudolegalen Putsche in Honduras im Juni 2009 und jetzt in Paraguay machen dies deutlich. In Honduras schoben die Streitkräfte Präsident Manuel Zelaya gewaltsam nach Costa Rica ab, mit Zwischenhalt im Militärflughafen Palmerola, Sitz einer grossen US-Militärbasis. Schon in den ersten Nachputsch-Tagen fing das bis heute anhaltende selektive Morden an Kadern des Widerstandes an.

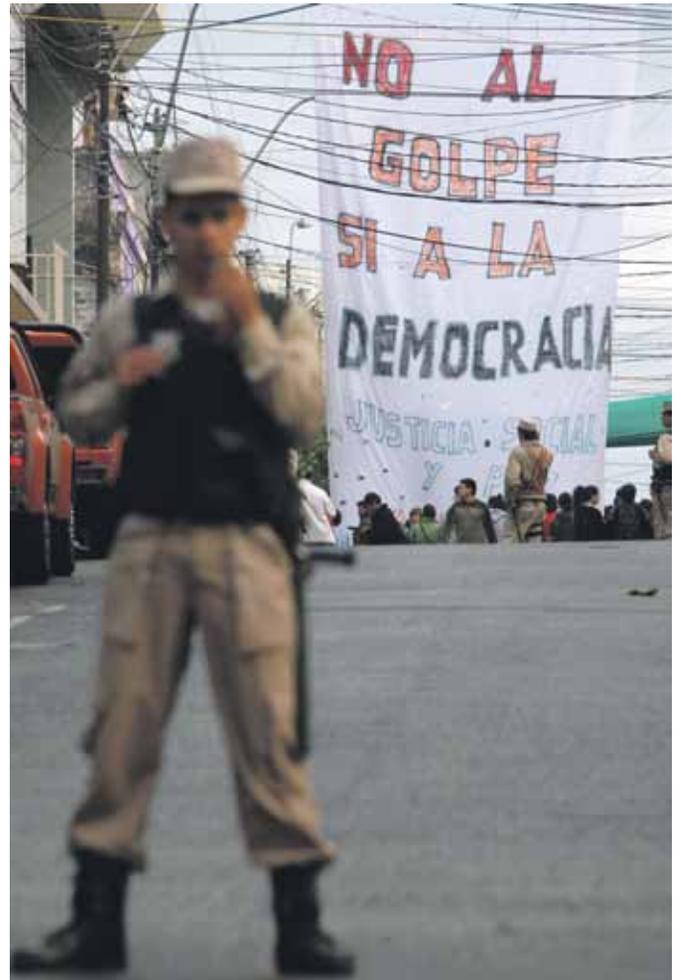
Besser nicht hinschauen Das imperiale Skript in beiden Fällen: Die «internationale Gemeinschaft» runzelt die Stirn, die US-dominierte Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) verlangt «demokratische Wahlen» (unter den neuen repressiven Zuständen), worauf besagte Gemeinschaft wieder Business as usual betreibt. So etwa die EU, der es nicht schnell genug gehen konnte, bis sie im Frühjahr auch mit Honduras ihr regionales Freihandelsdiktat aufgleisen konnte.

Anders das Echo in Lateinamerika, das im Fall von Honduras die OAS gezwungen hatte, die Mitgliedschaft des Landes bis eben zu den Neuwahlen zu suspendieren. Bei Paraguay scheint man nicht einmal das für nötig zu befinden. Die verharmlosende OAS-Strategie der «Schadensbegrenzung» schlägt sich in den hiesigen Medien in weitgehender Nichtbeachtung der Ereignisse nieder. Aber aufgepasst: Klassischere Putschvarianten sind deswegen nicht out. Ein über Wikileaks veröffentlichtes Kabel der US-Botschaft in Bolivien vom 14. Dezember 2007 berichtet, dass die meisten «Kommandanten planen, ihre Truppen in den Kasernen zu behalten», auch gegen allfällige Befehle von Präsident Evo Morales. Die Mitteilung ist in der Zeit der Vorbereitung für den (gescheiterten) bewaffneten rechten Umsturz 2008

«Nein zum Putsch – Ja zur Demokratie. Soziale Gerechtigkeit und Frieden!»
25. Juni 2012, Protest in Paraguays Hauptstadt Asunción gegen Lugos Absetzung.

verfasst, als die reaktionären Kräfte in Bolivien die östlichen Media-Luna-Departemente abtrennen wollten. Dokumentiert sind auch die Pläne von Militärs in Santa Cruz, dem Zentrum der Reaktion, zur «Übergabe militärischer Einheiten an die paramilitärischen Gruppen», wie ein späteres Kabel der US-Botschaft sagt. Auch die mehrtägige Putsch-«Probe» der ecuadorianischen Polizei vom 30. September 2010 spricht mit ihren Schüssen auf den Präsidenten und der Besetzung des Parlaments, des Flughafens und wichtiger Verkehrsverbindungen eine andere Sprache als die des Legalismus.

Putschvarianten Die Offensiven gegen emanzipatorische Initiativen im Südkontinent gehen aber über klassische oder «legale» Coups hinaus. In letzter Zeit gewinnt die «links» angehauchte Destabilisierung im elitären Lager an Popularität. Beispiel Bolivien: Als letztes Jahr indigene Gemeinschaften gegen einen Regierungsplan für eine Erschliessungsstrasse in ein Naturreservat auf die Strasse gingen, war nicht nur in den Mainstream-Medien, sondern auch in einem Teil der progressiven Organe die Botschaft, dass Evo Morales ein Verräter und das Volk tief gespalten sei. Tatsache war: Das reale Strassenproblem, das die Comunidades im betroffenen Ge-



biet spaltete, war Vorwand für eine weitere Destabilisierungsrunde. Die Sojaborone im Osten unterstützten die Demos, genauso NGOs, die von Multis finanziert werden. Sie wollten Evo Morales unter dem Vorwand des Umweltschutzes endlich in den transnationalen CO₂-Ablasshandel zwingen. Hinzu kamen handfeste finanzielle Interessen einer teilweise korrupten Leitung der Demonstrationen. Für gewisse «Linke» stellten die putschenden Bullen von Ecuador «revoltierende Proleten in Uniform» dar. In El Salvador lähmen die führende Rechtspartei und der Unternehmerverband seit Monaten das Justizsystem, um ihre Kontrolle im Obersten Gericht zu behalten. Mit politischer Rückendeckung aus den US-Machteliten begründen sie, die den Putsch in Honduras begrüsst, ihr Verhalten mit einem angeblichen Justizputsch der Linken. Dabei nimmt diese nichts Anderes als ihre verfassungsmässigen Rechte im Parlament wahr,

um der Vorherrschaft der Rechten in der Justiz ein Ende zu setzen. Auch hier: Eine Reihe «progressiver» Elemente aus Kirchen, NGO und Medien dienen dem Unternehmerverband als «zivilgesellschaftliche» Resonanzkiste.

Militär und private Sicherheitsagenturen Neben solchen Elementen der Destabilisierung haben wir den «Krieg gegen die Drogen» mit seinem unermesslichen Leid. Das Imperium will ihn von Mexiko (beziehungsweise den Inner Cities der USA) bis in den Cono Sur durchsetzen, um die lateinamerikanischen Gesellschaften einem verschärften transnationalen Kommando zu unterwerfen. Hinzu kommen Elemente wie die «privaten US-Sicherheitsagenturen» mit ihren «ehemaligen» Militärs. Die offiziellen US-Ausgaben für diese Agenturen in Mexiko stiegen von 5,5 Millionen US-Dollar im Jahr 2009 auf 57,8 Millionen 2010. Dies alles vollzieht sich vor dem Hintergrund der 2008 geschaffenen IV. US-Flotte gegen Lateinamerika, permanenter US- und NATO-Militärmanöver in der Region und einem wachsenden Netz von derzeit rund fünfzig US- und NATO-Militärbasen im Südkontinent. Zu seinen geplanten (dann trotz kolumbianischem Gerichtsverbot verwirklicht) sieben Basen in Kolumbien schrieb das Pentagon im Budgetantrag vom Mai 2009, sie stellen eine «*einzigartige Gelegenheit für Full-spectrum-Militäroperationen in einer kritischen Subregion unserer Hemisphäre dar, wo Sicherheit und Stabilität von über den Drogenhandel finanzierten terroristischen Aufständischen, Anti-US-Regierungen, endemischer Armut und wiederholten Naturkatastrophen bedroht sind*». Annie Bird von der US-Menschenrechtsorganisation Rights Action verweist in einem Artikel vom 3. Mai 2012 auf die Aussage der US-Botschafterin in Honduras, Lisa Kubiske, wonach die USA nach Afghanistan und Irak ihr Engagement in Zentralamerika verstärken können. Kein Zweifel: In Lateinamerika und der Karibik bahnen sich grosse Konflikte an. Der Putsch in Paraguay ist ein Glied in der Kette. Es gilt, den Counteraufmarsch zu thematisieren, ohne aber seinen Anlass, den Aufbruch voller Leben und Irrtümer in eine gerechtere Zukunft, aus den Augen zu verlieren. Wie sie in Venezuela sagen: «Jeder 11. hat seinen 13.»

— Dieter Drüssel,
Zentralamerika-Sekretariat

Expressputsch im Interesse von Agrobusiness und Konsorten

Blick auf die Ereignisse. Am 22. Juni wurde der paraguayische Präsident Fernando Lugo innerhalb von wenigen Stunden mit einem parlamentarischen Putsch aus dem Amt gefegt. Dahinter stehen die Interessen von Grossgrundbesitzern und transnationalen Agrarkonzernen. Als Vorwand diente ein Massaker bei der Räumung einer Landbesetzung in Curuguaty.

15. Juni: Bei der Zwangsräumung einer Landbesetzung in Curuguaty durch paraguayische Sicherheitskräfte kommt es zu Schiessereien, 11 Bauern und 6 Polizisten werden getötet, 80 Menschen verletzt. 54 Angehörigen der landlosen Bauernfamilien wird sogleich ein Verfahren angehängt, Grundlage sind konstruierte Anklagen, die zu langen Gefängnisstrafen führen sollen. Wie sich bald herausstellt, sind die Schüsse auf die Polizei nicht von den LandbesetzerInnen, sondern von Aussenstehenden eröffnet worden, welche aus grösserer Distanz gezielt Polizisten einer Sondereinheit erschossen und damit das Massaker provozierten. Es drängt sich der Verdacht auf, dass sie im Auftrag des Grossgrundbesitzers Blas Riquelme handelten. Dieser, Ex-Senator der rechten Colorado-Partei und Besitzer von Supermarktketten, gehört zu den Reichsten im Land. Während der Stroessner-Diktatur (1954-89) hat

er sich grosse Flächen Land, welche für die Agrarreform bestimmt waren, auf illegale Weise angeeignet, darunter das Land in Curuguaty im Grenzgebiet zu Brasilien. Seit dem Fall der Diktatur 1989 kämpfen KleinbäuerInnen in der Zone um dieses Land.

Gleich nach dem Massaker am 15. Juni sperren staatliche Sicherheitskräfte das Gebiet ab. Die Polizei brennt das Camp der LandbesetzerInnen nieder, Spuren werden verwischt, die zur Aufklärung der Ereignisse beitragen könnten. Eine Menschenrechtsdelegation wird nicht in das Gebiet gelassen. Unterdessen kommt es zu zahlreichen Verhaftungen von Verletzten, die Gesundheitszentren aufsuchen, und AnwohnerInnen berichten von einer regelrechten Jagd auf Überlebende und AktivistInnen.

Derweil sprechen der Verband der Grossgrundbesitzer und ihre Medien davon, dass die «Landinvasoren» – so das Schlagwort zur Kriminalisierung der Landlosenbewegung – gemeinsame Sache mit der Volksarmee von Paraguay (EPP), einer höchst umstrittenen und als unterwandert angesehenen «Guerilla»-Gruppe, gemacht hätten, und fordern ein härteres Vorgehen gegen die Landlosen.

POLITISCHER PROZESS ALS KALTER PARLAMENTARISCHER PUTSCH

Die Möglichkeit eines «politischen Prozesses» gegen den Präsidenten ist in der paraguayischen Verfassung verankert, aber sehr allgemein vorgesehen für «schlechte Amtsführung» oder im Falle von Straftaten. Für die Absetzung des Präsidenten Fernando Lugo beschloss das Parlament einen solchen Prozess am 21. Juni und führte ihn tags darauf in einem Schnellverfahren durch. Lugo wurden gerade mal 19 Stunden Zeit zur Vorbereitung seiner Verteidigung eingeräumt, zwei Stunden standen für eine Verteidigungsrede zur Verfügung. Dabei stand das Ergebnis des Verfahrens von Anbeginn fest, der Senat stimmte mit 39 zu 4 Stimmen für Lugos Absetzung und die notwendige Zweidrittelmehrheit wurde damit erreicht. Zu den fünf konstruierten Anklagepunkten wurden keinerlei Beweise vorgelegt: Insgesamt wurde Lugo «schlechte Amtsführung» im Zusammenhang mit dem Massaker von Curuguaty vorgeworfen und damit das Verfahren gerechtfertigt. Selbst ein Senator der Putschistenpartei der Colorados, Hugo Estigarribia, musste zugeben, dass die in der «Anklageschrift» erfolgte «Erwähnung von Tatsachen, die, da öffentlich bekannt, nicht bewiesen werden müssen, barbarisch» war. Die Interamerikanische Kommission für Menschenrecht CIDH kritisierte die Geschwindigkeit, mit der die Amtsenthebung durchgeführt wurde, als unannehmbar.

Rutsch nach rechts In der Folge setzt Lugo seinen Innenminister – Mitglied des Frente Guasú, Zusammenschluss der linken Parteien – ab, nachdem in einer parlamentarischen Sondersession dessen Entlassung gefordert worden ist. Zum Nachfolger ernannt er den strammen Rechten Rubén Candia Amarilla, Mitglied der Colorado-Partei. Candia Amarilla hat sich in seiner früheren Funktion als Generalstaatsanwalt mit der Verfolgung der Bauern- und Landlosenbewegungen hervorgetan und kündigt sogleich eine härtere Gangart gegen Landbesetzungen an: Das vom früheren Minister für Räumungsaktionen erlassene Protokoll, das vor einer Räumung den Dialog mit den BesetzerInnen vorschreibt, will er ausser Kraft setzen. Als ob dieser Rechtsrutsch in der Regierung nicht genug wäre, ersetzt Lugo gleich auch noch den Nationaldirektor der Polizei und ernannt neu Arnaldo Sanabria Morán, der für die Räumungsoperation in Curuguaty verantwortlich war. Wie auf Bildern in der Presse deutlich wird, tritt er sein neues Amt mit dem Hitlergruss an. Mit dieser Übergabe des Repressionsapparats an die Colorado-Partei will Lugo einen politischen Prozess gegen sich als Präsident und damit ein Amtsenthebungsverfahren vermeiden. Die Forderung nach einem

Für den Putsch inszeniertes Massaker? – Landlose Bäuerinnen und Bauern gedenken in Curuguaty ihrer ermordeten Angehörigen.



solchem Prozess haben Unternehmer, Medien und Politiker postwendend, nur Stunden nach dem Massaker, erhoben. Ein folgenschwerer Entscheid Lugos. Mit der Ernennung des Colorado-Politikers zum Innenminister bringt der Präsident die auf diesen Posten aspirierende rechtsliberale Partei PLRA gegen sich auf, die als Regierungsbeteiligte bisher ein Amtsenthebungsverfahren abgelehnt hatte. Die Liberalen schliessen sich nun der Forderung nach einem politischen Prozess an. Am 22. Juni wird Lugo in fünf Punkten angeklagt und innerhalb von wenigen Stunden aus dem Amt gehievt. Lugo hat keine Zeit, sich zu verteidigen, er spricht von einem «Expressputsch». Dabei hat die Rechte – wie schon zu Zeiten der Stroessner-Diktatur – Unterstützung von der katholischen Kirche erhalten, welche den ehemaligen Bischof Lugo zum Rücktritt von seinem Amt aufgefordert hat. Das von Lugo angerufene Obergericht wird Tage später die Absetzung gutheissen – als dieser Entscheid fällt, ist Lugo jedoch schon nicht mehr Präsident.

Agrarmultis als Putschgewinner Mit dem parlamentarischen Putsch ist es der Rechten im Land gelungen, den ungeliebten Präsidenten endlich loszuwerden. Nicht, dass Lugo – der über keine Parlamentsmehrheit verfügte – grossen Handlungsspielraum gehabt hätte. Die versprochene Landreform konnte er nicht durchführen und während seiner Amtszeit ging die Kriminalisierung von Bauernbewegungen weiter. Trotzdem hatte die Rechte seit 2009 wiederholt damit gedroht, ihn abzusetzen und verschiedentlich einen politischen Prozess angestrebt. Das Massaker in Curuguaty diente als Vorwand, und es kann vermutet werden, dass es mit diesem Ziel inszeniert worden ist. Hinter dem Putsch stehen gewichtige Interessen. Nicht nur, dass das Parlament froh ist um eine Ablenkung von seiner unverschämten Selbstbedienung aus der Staatskasse,

die kurz vor dem Putsch ein Veto des Präsidenten und breite Empörung auf der Strasse ausgelöst hat.

Wer die Gewinner des Staatsstreichs sind, wird spätestens ein paar Tage nach der Amtsübernahme durch den bisherigen Vizepräsidenten Federico Franco, Mitglied der rechtsliberalen Partei, deutlich. Franco tritt sich nach drei Tagen im Amt mit Agroexporteuren und Grossgrundbesitzern. Ein Mitglied von deren Delegation hat die Ergebnisse gegenüber der Zeitung E'A so zusammengefasst: «Der neue Präsident hat uns versprochen, den Agroindustriesektor zu unterstützen, das Privateigentum zu schützen und Landbesetzungen zu verhindern.» Tags darauf trifft sich Putschpräsident Franco mit dem Vertreter der Landesfiliale des US-Multis Crescent Global Oil, welcher nach dem Treffen bekannt gibt, dass Franco dem Konzern seine Unterstützung bei der Ölexploration zugesagt hat. Unter Lugo war die Landesfiliale des Multis Objekt einer Untersuchung wegen illegaler Machenschaften und konnte deshalb keine Förderverträge abschliessen. Putschpräsident Franco kündigt zudem wirtschaftliche Offenheit an, dazu gehört etwa eine Steuerbefreiung für neue Investitionen im Land für 15 Jahre statt wie bisher für 5. Zudem verspricht er, dass keine Steuern auf Soja – das hauptsächliche Exportprodukt des Landes – erhoben und dass genetisch verändertes Saatgut zugelassen werde. Ebenfalls sollen Verhandlungen mit dem kanadischen Konzern Río Tinto Alcan aufgenommen werden, welche Lugo bisher abgelehnt hat (siehe Artikel folgende Seite).

Über Lugos Absetzung freuen sich Agrarkonzerne, etwa der US-Multi Monsanto. Das staatliche Institut SENAVE hat sich zuvor geweigert, genetisch manipulierte Baumwollsaamen des Konzerns in das Register des zugelassenen Saatguts aufzunehmen. In der Folge haben Monsanto und die Vereinigung der industriellen Produzenten UGP zusammen mit der rechten Zeitung «ABC Color» – im Besitz von Aldo Zucolillo, eng

2008: COLORADOS MÜSSEN NACH JAHRZEHNTELANGER HERRSCHAFT DIE REGIERUNG ABGEBEN

Mit 41 Prozent der Stimmen gewann der ehemalige Bischof Fernando Lugo am 20. April 2008 die Präsidentschaftswahlen. Die Kandidatin der rechten Colorado-Partei Blanca Ovelar kam lediglich auf 31 Prozent. Damit ging die 61-jährige ununterbrochene Herrschaft der Colorados zu Ende, die nach der Entmachtung von Diktator Stroessner zunehmend mit internen Differenzen konfrontiert war. Der Sieg wurde durch das politische Bündnis «Patriotische Allianz für den Wechsel» (APC) möglich, in welchem sich ein Teil der linken und der sozialdemokratischen Oppositionsparteien sowie die liberale Partei zusammengeschlossen hatten. In weiten Kreisen wurde die Wahl als historische Wende gefeiert.

Das Resultat der gleichzeitig stattfindenden Parlamentswahlen spiegelte allerdings das alte Paraguay wider: Die oligarchischen Kräfte unter Führung der Colorados errangen in beiden Kammern die Mehrheit. Die linken Parteien kamen lediglich auf sieben Parlamentssitze. Derweil gewann die rechtsliberale Partei rund ein Drittel der Sitze. Der Umschwung der liberalen Partei hat jetzt den kalten Putsch gegen Lugo ermöglicht. Damit hat sie ihren Parteipräsidenten ins Staatspräsidium gehievt und deutlich gemacht, dass sie von Beginn weg mit den alten Kräften in Opposition zur Regierung Lugo stand.

verhängt mit der UGP und Agrarmultis – eine mediale Kampagne gegen das Institut geführt. Kurz nach dem Staatsstreich gegen Lugo ist der Präsident des Instituts SENAVE ersetzt und in Rekordzeit sind die nötigen Schritte eingeleitet worden, um bisher blockiertes Gentech-Saatgut zuzulassen.

Für Agrarkonzerne ist Paraguay ein Paradies: Sie bezahlen praktisch keine Steuern, dafür hat die rechte Parlamentsmehrheit auch unter Lugos Regierung gesorgt. Monsanto hat allein im Jahr 2011 für ihre Gentech-Soja dreissig Millionen US-Dollar Lizenzgebühren in Rechnung gestellt, ohne dafür Steuern zu bezahlen. Auch Grossgrundbesitzer bezahlen kaum Steuern, gemäss der Weltbank machen Grundsteuern lediglich 0,04 Prozent der Steuereinkünfte aus. Gleichzeitig entsprechen die Gewinne aus dem Agrobusiness fast einem Drittel des Bruttoinlandprodukts.

Grossgrundbesitz Paraguay hat eine feudale Landstruktur, der Grossteil des landwirtschaftlich produktiven Landes befindet sich in den Händen von wenigen Grossgrundbesitzern (mehr dazu in Artikel S. 13). Dabei geht es um industrielle Produktion in Monokulturen, vorwiegend von Soja und Baumwolle, im Dienst von Agrarkonzernen wie Monsanto, Cargill oder dem Schweizer Multi Syngenta. Rund ein Viertel des landwirtschaftlich genutzten Landes ist im Besitz von ausländischen Grossgrundbesitzern, viele davon aus Brasilien. Gleichzeitig bebauen 350'000 Bauernfamilien kleine Landstücke, rund 100'000 Bauernfamilien sind landlos. Dass diese wie im Fall von Curuguaty Land fordern, das sich Grossgrundbesitzer illegal angeeignet haben, ist für Letztere ein Ärgernis. Das Massaker mit 17 Toten ebenso wie die verstärkte Kriminalisierung der Landlosenbewegungen seit dem Putsch sollen dafür sorgen, dass der Kampf von Kleinbäuerinnen und -bauern für bebaubares Land massiv geschwächt wird, mit dem Ziel, dass das Land ausschliesslich für das Agrobusiness genutzt werden kann. Oder anders gesagt: Statt um kleinräumige Landwirtschaft und Ernährungssouveränität geht es ums Millionengeschäft mit Gentech-Saatgut, um Soja als Tierfutter und Baumwolle für den Export.

Mit dem Putsch hat die Rechte in Paraguay wieder die volle Kontrolle über das Land übernommen. Gegenüber den linken Regierungen der angrenzenden Länder Brasilien und Bolivien wurde eine deutliche politische Warnung ausgestossen, die ökonomische Machtelite, insbesondere die Agraroligarchien, und die mit ihnen verbündeten rechten Parteien lassen eine Einschränkung ihres Einflussbereichs nicht zu.

Für die Wahlen in acht Monaten hofft die Colorado-Partei, dass sie wieder an die Macht kommt. Eine ihrer Gallionsfiguren in der internen Ausmarchung ist Horacio Cartes, welchen die US-amerikanische Drogenbehörde DEA laut Wikileaks als wichtige Figur in Sachen Drogenhandel und Geldwäscherei bezeichnete. In der Zwischenzeit regiert die rechtsliberale Partei. Sie macht sich die Hände schmutzig, spricht, sie sorgt für die Repression gegen die sozialen Bewegungen und muss als Putschregierung gegenüber den UNASUR-Ländern den Kopf hinhalten, die Paraguay wegen des Putschs ächten. Dennoch erhofft auch sie sich Chancen im Wahlkampf, zumal ihr dafür nun die Staatskasse zur Verfügung steht.

Narcos, Multis und Pentagon hinter dem Putsch

Hintergründe zur Absetzung von Lugo. In Paraguay scheint nichts vorgefallen zu sein. Nur ein kleiner, salonfähiger Putsch. Der Staatsstreich erinnert an denjenigen in Honduras vor drei Jahren. Und lässt nichts Gutes für die Zukunft Lateinamerikas erahnen.

Im März 2010 ermunterte die US-Botschafterin in Asunción, Lilian Ayalde, zum Diner geladene paraguayische Politiker, im Beisein einer Gruppe von US-Generälen die Perspektiven zur Absetzung Lugos zu erörtern. Verteidigungsminister Bareiro Spaini schrieb darauf der Botschafterin einen geharnischten Brief. «Wikileaks»-Kabel der Botschaft legen allerdings nahe, dass die Lady damals nicht unbedingt an einer Absetzung von Präsident Fernando Lugo interessiert war. Denn die von Liberalen durchgesetzte Regierung Lugo wies ein Doppelgesicht auf. So trieb der Präsident einerseits wichtige soziale Reformen voran (Alphabetisierung, Rentensystem für Verarmte, Gesundheits- und Schulreformen, Kampf gegen die Korruption) und kündigte im September 2009 sogar den Vertrag über eine US-Militärbasis auf dem militärischen Grossflughafen Mariscal Estigarribia nahe der Grenze mit Bolivien. Andererseits aber finanziert die staatliche US-Entwicklungsagentur USAID mit dem Plan Umbral unter anderem die Schulung und Koordinierung verschiedener Ministerien und Sicherheitsapparate, was für die paraguayische Linke eine direkte US-Kontrolle des Staatsapparates bedeutet. (In Ländern wie Bolivien oder Ecuador ist bekannt geworden, dass beispielsweise

Personalfragen im Sicherheitsapparat oder Handelspolitiken direkt von den in den jeweiligen Ministerien eingestellten US-«BeraterInnen» entschieden wurden.) Gemäss der rechten Zeitung ABC hatte USAID vor kurzem über eine lokale NGO-Antenne genau jene sechs Parteien zum Thema «Konsensfindung» geschult, die sich danach am Express-Putsch beteiligten.

Der paraguayische Autor Idilio Méndez schrieb in der Zeitung E'A: «Lugo ist verantwortlich für die Zustimmung zu dem von den USA nach 9/11 promovierten Antiterrorgesetz. 2010 bewilligte er die Umsetzung der Iniciativa Zona Norte (IZN).» Die IZN beinhaltet die Entsendung von US-SöldnerInnen, Contractors, in die Sojamonokultur- und Narcozone an der brasilianischen Grenze. Auch hier hatte sich in der Regierung Verteidigungsminister Bareiro Spaini bis zu seiner Entlassung vergeblich gegen die IZN-Doktrin der Nationalen Sicherheit, also des inneren Feindes, gewandt. Seit 2010 verhängte Lugo mehrmals über Provinzen in der Nähe zur brasilianischen Grenze den militärischen Ausnahmezustand, nach Entführungen der ominösen «Guerrilla»-Gruppe EPP, die allgemein als zumindest unterwandert abgelehnt wird. Hierbei hatte Lugos Innenminister eng mit kolumbianischen Sicherheitskräften zusammengearbeitet – gegen die linken Campesinabewegungen. Umgekehrt konnte Lugo angesichts der Blockade der Rechten im Parlament praktisch keine Reformen im Agrarsektor durchsetzen. Viele Linke kritisieren auch, dass Lugo nie geholfen habe, seine heterogene, von der Hoffnung auf ein besseres Leben angespornte WählerInnenbasis in eine organisierte Kraft zu transformieren.

Angriff auf die Südeinheit Warum dann also der Putsch? Wir sehen drei Gründe: 1. Die Regierung Lugo wehrte sich gegen die entfesselte Einführung von Gentechsaaten, wie wir sie jetzt erleben. Sie untersuchte illegale Praktiken des US-Unternehmens Crescent Oil und sperrte sich gegen die Bewilligung für eine desaströse Aluminium-Hütte des kanadischen Multis Río Tinto Alcan.

DANK EINES ÖLMULTI

Der US-Ölmulti Dahava Oil, im Besitz von Joseph Goldstein, ist «der Regierung von Paraguay sehr dankbar». Mit Grund: Er hat vom Regime die Explorations- und Förderrechte für Öl und Gas über 82'000 Quadratkilometer im paraguayischen Chaco erhalten, einem Gebiet mit mutmasslich gigantischen Reserven dieser Bodenschätze. Gleichzeitig hat der Multi, wie er an einer Pressekonferenz mitteilte, «auch 6 Millionen Hektaren im Becken des Paraná im Südosten von Paraguay erworben», wo ebenfalls grosse Ölvorkommen vermutet werden.

2. So wie der Putsch 2009 in Honduras das schwächste Glied aus den ALBA-Staaten herausbrach, zielte der Sturz Lugos auf die Schwächung des südamerikanischen Wirtschaftsverbands Mercosur und des lateinamerikanischen Staatenbundes Unasur.

3. Die Rechten mit ihrem historischen Hass auf alles Linke befürchtete einen linken Wahlsieg und neue Parlamentsverhältnisse im nächsten Jahr. Und der argentinische Linksanalytiker Atilio Borón hält auf seiner Webseite fest: «[Die] Rechten wartete seit dem Amtsantritt Lugos auf den geeigneten Moment, um mit einem Regime aufzuräumen, das, obwohl es ihre Interessen nie tangiert hatte, einen Raum für den sozialen Protest und die Volksorganisation öffnete, beide inkompatibel mit ihrer Klassenherrschaft.» Lugo selbst meint: «Ich ergriff keine sozialistische Massnahme. Wir haben die Spielregeln akzeptiert. [...] Aber es gab eine Gefahr: Die Fortsetzung des Prozesses des Wandels. Das gefiel nicht. Ökonomisch [nach Parametern der Rechten] standen wir gut da, aber politisch waren wir mit sozialen Gruppen verbunden.» (alainet.org, 3.8.12)

US-Strategie In seiner Analyse des Sturzes von Lugo auf alainet.org ging der kürzlich zurückgetretene Unasur-Sekretär Samuel Pinheiro auf die Strategie der USA ein, den Südkontinent über bilaterale oder regionale Freihandelsabkommen in ihre hegemoniale Grossraumzone einzubinden. «Das nordamerikanische Hauptziel besteht in der Eingliederung von Brasilien und Argentinien, den beiden wichtigsten Industriewirtschaften Südamerikas, in dieses «Ensemble» bilateraler Freihandelszonen», schrieb er. Dies stehe den Bestrebungen des Mercosur entgegen, in der Region ansässiges Kapital zu bevorzugen. Hinzu komme das US-Streben nach sicheren und nahen Energiequellen, und damit rücke Venezuela mit seinen weltweit grössten Ölreserven ins Visier. Nachdem Paraguay vom Mercosur suspendiert worden war, entfiel die Dauerblockade von dessen Senat gegen den Beitritt Venezuelas, was Washington nicht einkalkuliert habe. Dies habe zum Ergebnis, dass «[...] die «Amtsentfernung» von Chávez durch einen Putsch (behindert werde), eine allfällige Wiedereinbindung Venezuelas mit seinem enormen Wirtschafts- und energetischem Potenzial in die nordamerikanische Wirtschaft (erschwert sei), der Mercosur (gestärkt werde) und die US-Kreation einer Freihandelszone in Lateinamerika über die «Fusion» bilateraler Handelsverträge (erschwert sei)». «Die Frage von Paraguay ist die Frage von Venezuela», schliesst der für die Sichtweise des Mercosurs aufschlussreiche Artikel.

«Die Bevormundung durch Argentinien und Brasilien ist zu Ende», verkündete Putschpräsident Franco grossspurig am Tag der Mercosur-Suspendierung. Man werde sich mit Wirtschaftsabkommen mit den USA und mit China schadlos halten. Un-

Paraguay – im Herzen des Cono Sur geostregetisch wichtig gelegen mit Grenzen zu Argentinien, Brasilien und Bolivien.



verhohlen drohen die putschistischen Kräfte, den Strom aus dem weltgrössten Kraftwerk Itaipú, zur Hälfte allerdings brasilianisch, und dem ebenfalls riesigen Werk Yacyretá, zur Hälfte argentinisch, die beide primär für die Wirtschaft der beiden Nachbarstaaten produzieren, abzustellen. Wichtig in diesem Zusammenhang ist auch die geplante Aluhütte von Río Tinto. Schon in den ersten Putschtagen wies Franco seine Regierung an, das Baugesuch des Multis beschleunigt zu «prüfen». Lugo hatte keine Baubewilligung erteilt und sieht heute darin eines der Motive für seinen Sturz. Ricardo Canese, Leiter des nach dem Putsch gebildeten breiten Linksbündnisses *Frente por la Defensa de la Democracia* und anerkannter Spezialist für Energiefragen, meinte zur geplanten Fabrik, sie werde binnen Jahren zu Strommangel in Paraguay führen. Sie

werde staatlich subventionierte 9,6 MWh pro Jahr konsumieren, das Sechsfache des Gesamtverbrauchs der paraguayischen Industrie! Und gerade mal 1250 neue von insgesamt 322'000 paraguayischen Industriearbeitsplätzen schaffen – nach staatlichen Infrastrukturvorleistungen von 700 Millionen US-Dollar. Das Kollektiv der ehemaligen weiblichen Politgefangenen «Carmen Soler» interpretiert das Aluprojekt denn auch als Versuch, über die Strom-«Usurpation» den brasilianischen Industriestandort São Paulo zu schwächen. Der Mercosur ist natürlich nicht per se fortschrittlich, brasilianisches Kapital nicht «besser» als schweizerisches. Relevant aber: Die Integrationsmechanismen in Lateinamerika werden tendenziell zu Vehikeln der emanzipatorischen Kräfte und deshalb zum Ziel vielfältiger imperialer Angriffe.



22. Juni vor dem Parlament in Asunción: Landlose Bauern und Bäuerinnen, Jugendliche, StädterInnen demonstrieren ihre Unterstützung für Präsident Lugo.

SCHWEIZER INTERESSEN IN PARAGUAY: DER AGROCHEMIE- UND SAATGUT-MULTI SYNGENTA

Syngenta, der in Basel beheimatete Agrochemie- und Saatgutkonzern, ist in seinem Bereich der drittgrösste Multi weltweit. Im ersten Halbjahr 2012 hat er einen Umsatz von 8,3 Milliarden US-Dollar gemeldet, für das zweite Halbjahr erwartet er eine Gewinnsteigerung, nicht zuletzt wegen der boomenden Sojapreise in Lateinamerika. Paraguay ist dabei als weltweit viertgrösster Sojaexporteur von Bedeutung. Syngenta kämpft mit neuem (Gentech-)Saatgut um Marktanteile. Im vergangenen Jahr beklagte Syngentas Lateinamerika-Verantwortlicher, dass unter Fernando Lugos Regierung die Zulassung gentechnisch veränderter Samen zu lange dauerte, und drohte, dass Paraguays Landwirtschaft im Wettbewerb nicht mit anderen südamerikanischen Ländern mithalten könne.

Unter der Putschregierung Francos haben sich die Karten von transnationalen Konzernen wie Syngenta zu ihrem Vorteil gewendet: Innerhalb kürzester Zeit ist Gentech-Saatgut des US-Agrarmultis Monsanto, das zuvor lange blockiert gewesen war, zugelassen worden (siehe Seite 2). Die Pro-Gentech-Haltung der Regierung ist auch für den Schweizer Multi Syngenta interessant, der derzeit zusammen mit dem deutschen Chemiekonzern Bayer eine Sojasorte entwickelt, die gegen seine Pflanzenvernichtungsmittel resistent ist und Syngenta in Kombination mit diesen neue Gewinne beschern soll. Ebenfalls erhofft sich Syngenta die rasche Zulassung seines sich auf der Warteliste befindenden genetisch veränderten Zuckermais Bt11.

Ominös für Paraguay: Nach dem Putsch 2009 in Honduras sind mindestens drei neue US-Basen geschaffen worden und letzten Juli wurde das Land auch mit einer gemeinsamen Basis zentralamerikanischer Armeen unter der Obhut des Pentagons beglückt. An der honduranischen Atlantikküste führt die US-Drogenbehörde DEA jetzt ihren *war on drugs*, der wegen Morden an Unbeteiligten oder Wehrlosen auf heftige Kritik stösst. Ungerührt versichern dagegen honduranische Putschfunktionäre, die Situation sei reif für eine weitere Eskalation des «Drogenkriegs» wie in Mexiko. «Zufällig» ist diese Region auch Zentrum des transnationalen Anbaus von Palmöl für Agrosprit und Zentrum einer Serie von Morden an für ihr Land kämpfenden BäuerInnen. Anfang Juli hatte der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des paraguayischen Abgeordnetenhauses, José López, bekannt gegeben, er führe mit US-Militärchefs einen «Dialog» über die Errichtung einer US-

Militärbasis im Departement Chaco an der bolivianischen Grenze. Zum militärischen Spektrum gehört aber etwa auch die DEA-Basis in der paraguayischen Stadt Pedro Juan Caballero nahe von Brasilien. Es gibt «gespenstische» Parallelen zwischen diesem Gebiet und der Atlantikregion in Honduras. Auch hier handelt es sich um eine Zone riesiger Sojamonokulturen (meist im Besitz von putschfreundlichem brasilianischem Kapital) und gleichzeitig um einen Transitkorridor von Kokain aus dem Andenraum nach Brasilien und Europa sowie des Schmuggels von paraguayischem Marihuana.

Eng verknüpft mit Drogenbaronen In Honduras wurde über die Wikileaks-Kabel der US-Botschaft bekannt, dass die USA bestens über einen wichtigen Akteur im Drogenhandel Bescheid wussten, Miguel Facussé, Putschfinanzier und Weltbankgesponserter Palmölbaron an der Atlantikküste. Mehrere US-Dienste charak-

terisierten am 5. Januar 2010 in einem gemeinsamen Kabel aus der US-Botschaft in Buenos Aires Horacio Cartes, paraguayischer Vorkandidat der Colorados für die Präsidentschaftswahlen und treibende Kraft beim Putsch gegen Lugo, als Chef einer «bedeutenden Drogenhandels- und Geldwäscherei-Organisation in der Triple Fronteragegend zwischen Argentinien, Paraguay und Brasilien». Cartes ist eng liiert mit dem Ex-General Lino Oviedo, der als Armeechef des ersten «Nachdiktatur»-Präsidenten und bekannten Drogendealers Rodríguez ein «unerklärliches» Vermögen angehäuft hatte. Oviedo leitet jetzt nach Armeequellen als Parlamentarier faktisch die Streitkräfte.

Solche Zusammenhänge werfen ein Licht auf die Motive für den Putsch. Wir begreifen auch, warum «unsere» Medien das so gar nicht mitschneiden und zu thematisieren versuchen.

— Dieter Drüssel, Zentralamerika-Sekretariat.

«Nie wieder Diktatur!» – Volksbewegungen mobilisieren für Rückkehr zur Demokratie

Widerstand trotz massiver Repression. Seit dem kalten Putsch in Paraguay sind ExponentInnen sozialer Bewegungen der Repression, Kriminalisierung und Verfolgung ausgesetzt, staatliche Institutionen werden politisch gesäubert. Gefordert ist internationale Solidarität mit dem Widerstand der paraguayischen Volksbewegungen auch von hier aus.



Wäre der Schnellputsch vom 22. Juni verhindert oder wäre es zu einem Blutvergießen gekommen, wenn der damals amtierende Präsident Fernando Lugo sich anders verhalten hätte? Zwar verurteilte er das Putschdiktat des Parlaments als illegal und politisch motiviert, aber dennoch verliess er den Präsidentenpalast freiwillig. Erst später rief er zum Widerstand auf und stellte sich an die Spitze der Widerstandsfront zur Verteidigung der Demokratie. «Wir haben keine Erklärung für das Verhalten von Präsident Lugo», sagt Jorge Galeano, Generalsekretär der agrarischen Volksbewegung MAP in einem Telefongespräch. «Zu Tausenden waren wir auf der Strasse gegenüber dem Nationalpalast und gaben damit Lugo die klare Botschaft, dass wir zum Widerstand bereit sind, dass wir die Demokratie verteidigen wollen», fährt er fort. Das Verhalten Lugos habe dem Widerstand geschadet. Noch härter geht das Kollektiv «Carmen Soler» der ehemaligen weiblichen poli-

tischen Gefangenen in Paraguay mit dem abgesetzten Präsidenten ins Gericht: «Gleich zu Beginn hat Lugo den Volkswiderstand gespalten und demobilisiert. Damit hat er sich unerwartet zum Alliierten der «Narcodollar»-Putschisten gemacht. Und so mussten diese ihre gewalttätige Attacke, die sie in Curuguaty begonnen haben, auf dem Platz vor dem Kongress nicht weiter fortführen.»

Wer Widerstand leistet, wird zur Terroristin gestempelt Ganz so reibungslos ging es für die Putschisten dennoch nicht ab. Zuerst vertrieben sie mit massiver Polizeigewalt die 15'000 Demonstrierenden aus dem Zentrum von Asunción. Kaum hatte sich die Lage etwas beruhigt, setzte die Phase der Repression und Kriminalisierung ein. Cecilia Vuyk, nationale Jugendkoordinatorin der Volkspartei Tekojoja, umschrieb es so: «Nachdem sich die Putschregierung von Federico Franco eine Woche lang zurückgehalten hatte, begann sie, die sozialen Kämpferinnen und Kämpfer zu kriminalisieren, um den Volkswider-

stand in Paraguay zu unterdrücken. Es ist die Anwendung des Plan Colombia in Paraguay: Wer Widerstand leistet, wird zum Terroristen oder zur Terroristin gestempelt.»

Dabei spielen die Medien, über die die reaktionäre Oligarchie faktisch das Monopol besitzt, eine entscheidende Rolle. Am 6. Juli 2012 strahlten drei nationale Fernsehkanäle einen Beitrag zur gleichentags erfolgten Verurteilung von sieben Campesinos aus. Das Gericht hatte sie der Entführung und Ermordung von Cecilia Cubas, Tochter des ehemaligen Präsidenten Raúl Cubas, im Jahre 2004 und der Bildung einer kriminellen Vereinigung mit direkter Verbindung zur kolumbianischen FARC-Guerilla für schuldig befunden und zu 35 Jahren Haft verurteilt. Im Fernsehbeitrag wurden Videobilder verwendet, die zehn Jahre zuvor aufgenommen worden waren. Sie zeigten Senator Sixto Pereira von der Tekojoja-Partei zusammen mit Omar Martínez, dem ehemaligen Präsidenten der Partei Patria Libre und Hauptbeschuldigten im

5. August 2012: Die Landbesetzungen gehen weiter. 700 landlose Familien besetzen ein Sojafeld bei der Stadt Saltos del Guairá.

Mordprozess. Das Video zeigt weitere AnführerInnen von Bauernbewegungen, so auch Jorge Galeano vom MAP.

Am 7. Juli kam diese Geschichte in allen Radiosendern breit zur Sprache. Mit der breit angelegten medialen Schmutzkampagne sollen wichtige Persönlichkeiten des Widerstands gegen den Putsch vom 22. Juni diskreditiert, kriminalisiert und der Verfolgung ausgesetzt werden. Ihnen gemeinsam ist, dass sie sich seit langem gewaltfrei für die Rechte der Kleinbäuerinnen und -bauern und für eine Agrarreform und ein neue landwirtschaftliche Entwicklung fern von Gentech und Agrokommmerz eingesetzt haben.

Krieg niedriger Intensität, reloaded Während bekannte Persönlichkeiten durch die Medien zum Abschuss freigegeben werden, läuft gegen den Volkswiderstand eine Strategie der Angstmacherei. Leute werden verhaftet, weil sie Plakate gegen den Putsch klebten, Personen werden von Unbekannten verfolgt, Autos von KritikerInnen beschädigt, Gewaltdrohungen über Twitter verbreitet oder Polizeifahrzeuge parkieren vor Häusern und Wohnungen. Versammlungen von Bäuerinnen und Bauern wurden polizeilich überwacht und die Jugendlichen einer Landkooperative mussten sich Befragungen über den Zweck ihrer Zusammenkunft unterziehen. Es sind Methoden, die die Diktatur von Stroessner und die Operation Condor in Erinnerung rufen. Angst, Verfolgung, Verurteilungen, Todesdrohungen – den reaktionären Kräften in Paraguay sind alle Mittel recht, um den Volkswiderstand zu brechen.

Ausserdem schreitet die Militarisierung des gesamten Landes schnell voran. Seit dem Putsch wird der nationale Plan zur Armutsbekämpfung von Militärs koordiniert – dies bedeutet Kontrolle der Armee über grosse Teile der Landbevölkerung.

Politisch motivierte Entlassungswelle Unmittelbar nach dem Putsch begannen die neuen Machthaber mit einer politischen Säuberung bei den Staatsangestellten. Über 800 Angestellte wurden allein im Juli entlassen, darunter 170 bei der Pflanzenschutzbehörde SENA, 250 im Gesundheitsdienst, mehr als 20 JournalistInnen beim öffentlichen Fernsehen und über 300 beim Itaipú-Kraftwerk. Linke Gewerkschaften und Betroffene berichten, dass es bei diesen Entlassungen weder um Restrukturierungs- noch um Sparmassnahmen gehe, schon gar nicht um fehlende Qualifikationen. Es sind Leute mit langjähriger Betriebstätigkeit und besten Qualifikationen entlassen worden, einzig weil sie sich gegen den Putsch ausgesprochen haben oder als AnhängerInnen von Lugo oder einer linken Partei bekannt waren. «Alle Linken der Ära Lugo müssen entlassen werden», forderte denn auch Alejandrino Garay, Generalsekretär der gelben Gewerkschaft beim Stromkonzern Itaipú. Eine Forderung, die nicht wirklich erstaunen kann, wenn man in Betracht zieht, dass derselbe Garay am 29. Juni mit Streik gedroht hatte, sollten die Klagen gegen ehemalige Direktoren von Itaipú nicht fallengelassen werden, die 170 Millionen US-Dollar Pensionsgelder verjübelt hatten.

Repression, Kriminalisierung, Entlassungen – Ein breiter Volkswiderstand ist unter diesen Bedingungen kaum denkbar; und trotzdem lebt er, koordiniert durch die Front zur Verteidigung der Demokratie. Täglich kommt es zu Strassenblockaden oder Protestaktionen gegen PolitikerInnen der Putschparteien.

Widerstand niedriger Intensität Unterstützt durch die CLOC–Via Campesina haben sich Bauernorganisationen in der Koordination zur Wiedererlangung der widerrechtlich verteilten Ländereien zusammengesgeschlossen. Sie will den Widerstand verstärken, weitere Landbesetzungen durchführen und politische Vorschläge für eine Agrarreform ausarbeiten.

Auch die Gewerkschaften haben sich zur Front der ArbeiterInnen gegen den Putsch zusammengesgeschlossen, um die politisch motivierten Entlassungen zu bekämpfen. Und zwischendurch kommt es zu grösseren Aktionen wie bei der Verteidigung des öffentlichen Fernsehsenders. Als die Putschisten dem unabhängigen Sender verbieten wollten, über den kalten Staatsstreik zu berichten und kritische Stimmen zu Wort kommen zu lassen, verteidigten vor allem junge Menschen die unabhängige Berichterstattung gegen das Militär, das den Sender besetzen wollte, unter dem Motto «Nie wieder Diktatur».

Juristisch wollen verschiedene Bauernorganisationen jenes Dekret von Putschpräsident Franco zu Fall bringen, das den Agronomen Jaime Ayala zum Leiter von SENAVE (Pflanzenschutzbehörde) bestimmte. Bis zu seiner Nomination war er Präsident von Pacific Agrosiences, einem multinationalen Unternehmen, das agrochemische Produkte importiert und verkauft. Er ist die wesentliche Kraft, die am 7. Juli hinter der Freigabe von Anbau und Handel mit gentechnisch veränderter Baumwolle stand. Das Gesetz verbietet es, dass SENAVE von einer Person präsidiert wird, die direkt in Aktivitäten verwickelt ist, aufgrund derer es zu Interessenkonflikten kommen könnte. Das ist gemäss den klagenden Bauernorganisationen in der Person von Ayala längstens gegeben. Die Front zur Verteidigung der Demokratie und verschiedene Persönlichkeiten im Land sind daran, für November ein nationales Ethik-Tribunal über den Putsch zu organisieren. Damit sollen die Hintergründe und Ziele des Putsches ausgeleuchtet und bekannt gemacht werden und das Tribunal soll zur Mobilisierung der Bevölkerung beitragen.

Zersplitterter Widerstand Eines der grössten Probleme im heutigen Paraguay ist die starke Zersplitterung der linken Parteien und der sozialen Bewegungen. Lugo war nicht nur der Präsident, der ein reaktionäres Parlament gegen sich hatte, Lugo

ILLEGALER LANDERWERB

Bevölkerung Paraguay 2012: 6,5 Millionen

1995 lebte laut Angaben des nationalen Statistikamtes die Mehrheit der Armen (32 Prozent der Bevölkerung) auf dem Land. 2005 lebten die Armen (38 Prozent der Bevölkerung) mehrheitlich in suburbanen Zonen. Der Grund für diesen dramatischen Wechsel, wie ihn auch der Bericht des Censo Agropecuario Nacional (CAN) 2008 festhält: Die BäuerInnen mit einem Landbesitz zwischen 5 und 100 Hektaren verloren ihren Besitz zunehmend an Sojagrossgrundbesitzer.

Im Vergleich zur Erhebung von 1991 sind die Fincas in der Grösse von 20-50 Hektaren um 27 Prozent, jene von 10-20 Hektaren um 12,8 Prozent zurückgegangen. Im gleichen Zeitraum nahmen die Fincas mit mehr als 500 Hektaren (bis 10'000 Hektaren) um 56 Prozent zu.

1991 beanspruchten die Fincas mit mehr als 1000 Hektaren etwas mehr als 10 Prozent des landwirtschaftlich genutzten Bodens (60'364 Hektaren von 552'000). 2008 betrug die entsprechenden Zahlen: 1'085'000 von 2'463'000 Hektaren.

Laut dem CAN von 2008 gibt es in Paraguay 300'000 LandwirtInnen. Weniger als 10 Prozent, 27'000, profitieren vom Sojaboom.

Ein Licht nicht einfach auf «südländische Unfähigkeit», sondern auf den organisierten, illegalen Landraub wirft folgende Angabe: Offiziell sind Landtitel für 500'000 Quadratkilometer registriert. Paraguay weist demgegenüber eine Fläche von 400'000 Quadratkilometern auf.

Seit 1996 wurden mehr als 1,2 Millionen Hektaren Wald für den Sojaanbau gerodet. Das entspricht mehr als einem Viertel der Fläche der Schweiz.

Die Grossgrundbesitzervereinigung UGP projiziert für die kommende Ernte eine Ausweitung der Sojaanbaufläche um 10 Prozent.

(Quellen: La Mafia financiera o el rostro del crimen organizado, von Idilio Méndez, Asunción, 2011 / New York Times, 2.7.12 / La Nación, 11.8.12)

war auch als Kandidat eines sehr heterogenen Bündnisses mit unterschiedlichen Erwartungen und Forderungen ins Präsidentenamt gewählt worden.

Jetzt nach dem Putsch bereitet sich der Frente Guasú, dem die linken Parteien und zahlreiche mit ihnen liierte Organisationen angehören, bereits auf die nächsten Wahlen im April 2013 vor. Lugo gab schon am 25. Juni vor der Presse bekannt, dass der Frente Guasú daran arbeiten würde, «den sozialen Unmut zu nutzen und ihn mittels eines politischen und programmatischen Wahlprojektes auf die nächsten Wahlen zu lenken». Bereits hat die Plattform der Frauen Kuña Pyrenda angekündigt, für die Wahlen 2013 eine progressive Frau als Kandidatin aufstellen zu wollen.

Kritische soziale Bewegungen stellen das wahlpolitische Vorgehen in Frage. Sie sind überzeugt, dass der Putsch auch dazu diene, die alten Machtverhältnisse wieder herzustellen, unter denen an demokratische und transparente Wahlen nicht zu denken ist. Sie wollen sich vielmehr darauf konzentrieren, demokratische Prozesse in und mittels der Volksorganisationen zu stärken, um eine partizipatorische Demokratie von unten aufzubauen. Demzufolge stehen nicht die Wahlen 2013 zuoberst auf der Agenda, sondern der Kampf gegen die Putschisten und ihre Hintermänner.

Paraguay, wo liegt denn das? Es ist erstaunlich, wie wenig Widerhall der Putsch in Paraguay international gefunden hat, auch in der Soliszene. Es gab parlamentarische Delegationen aus Lateinamerika und der EU, die nach Paraguay gereist sind, doch scheint ausser putschkritischen Deklarationen kein konkreter Druck auf die Putschregierung entstanden zu sein. Gut, Paraguay wurde in den südamerikanischen Zusammenschlüssen Unasur und Mercosur suspendiert. Die Nachbarstaaten haben damit ein klares Zeichen gegen den Putsch gesetzt und auch ihre Botschafter abgezogen. Dadurch fühlt sich der Widerstand in Paraguay im Moment alleine gelassen. Dabei hat Jorge Galeano im Gespräch laufend betont, wie dringend der Widerstand in Paraguay auf internationale Solidarität angewiesen ist, gerade auch zum Schutz der Führung des Widerstands angesichts des Krieges gegen «Terroristen» auf niedriger Intensität.

Und gerade wenn wir an das Umfeld, die Hintergründe und die weitergehenden Ziele des Putsches in Paraguay denken, dann ist es höchste Zeit, dass die Soliszene erwacht und zur Kenntnis nimmt, wo Paraguay liegt.

— Urs Sekinger, SOLIFONDS

(Quellen: Agencia de Noticias Aratiri, contrainformacion.com, brigadaparaguay.wordpress.com, paraguayresiste.com, direkte Interviews)

«Weg mit Franco – Präsident ist Lugo» —
Das offene Mikrofon
von TV pública hat den
Menschen die Möglich-
keit eröffnet, sich
politisch zu äussern.



Kommunikation, Organisation, Widerstand!

Medien und Gegeninformation. Der öffentliche Fernsehsender in Paraguay und unabhängige Lokalradios sind ins Visier der Putschisten geraten. Interview mit Guillermo Verón, Mitglied des linken Wahlbündnisses Frente Guasú und Journalist aus den Basismedien, sowie mit Marcelo Martinessi, bis vor kurzem Direktor des öffentlichen Fernsehens in Paraguay.

Wie war die Situation der Basismedien und der Gegenöffentlichkeit vor dem Putsch in Paraguay?

Verón: Die Bewegung der gemeinschaftlichen Radios und Medien begann sich nach dem Sturz von Diktator Stroessner 1989 zu organisieren. Es geht also um einen über 20-jährigen Kampf um Platz im Äther. Die Rechte hat alles getan, um die Lokalradios einzuschränken. Vor zwei Jahren hat das Parlament eine Regelung erlassen, die für Gemeinschaftsradios eine Kapazität von lediglich fünfzig Watt vorsieht, diese Sendeleistung reicht gerade mal rund um den Wohnblock. Zudem werden nur wenige Frequenzen an Gemeinschaftsradios vergeben, so dass sie miteinander in

einen regelrechten Konkurrenzkampf um die Frequenzen treten.

Man kann sagen, dass die Rechte seit dem Sturz Stroessners einen systematischen Krieg gegen die Gemeinschaftsradios geführt hat. Sie hat alles getan, damit dieses Bewegung nicht stark werden kann. Die Rechte hat auch verhindert, dass Staatsunternehmen, wie etwa Itaipú Binacional, welches sich bis anhin stark in sozialen Projekten engagierte, mit den Gemeinschaftsradios zusammenarbeiten kann. Die Möglichkeiten der Gemeinschaftsmedien sind deshalb sehr beschränkt. Trotzdem leisten sie Widerstand, kämpfen und begleiten uns trotz vieler Schwierigkeiten in diesem Prozess für die Rückkehr zur Demokratie.

Haben die erwähnten Schwierigkeiten dazu geführt, dass sich die Gemeinschaftsmedien besser untereinander vernetzen?

Verón: Ja, wir haben in Paraguay zwei Zusammenschlüsse der Gemeinschaftsmedien. Diese Vernetzung ist wichtig, es gibt auch eine Initiative, um alle Gemeinschaftsmedien im Land zu einer Kette zusammenzuschliessen, und das ist praktisch die einzige Stimme, die das paraguayische Volk in diesem Moment und schon seit längerer Zeit hat. Die kommerziellen Medien sind ja nicht daran interessiert, der Meinung der Bevölkerung Platz zu geben.

War es für den öffentlichen Fernsehsender Televisión Pública abschbar, dass die Rechte diese Stimme des Volkes einschränken würde, sobald sie die Macht übernimmt?

Martinessi: Die Rechte hat klare Zeichen gegeben, dass der demokratische Prozess beendet und dass zensuriert wird. Der Versuch, das Fernsehen polizeilich zu räumen [am 25.6.2012, drei Tage nach dem Putsch], die Anordnungen, gewisse Programme zu streichen, damit nicht gesehen wird, was im Land passiert, das alles waren überdeutliche Zeichen. Sie machen klar, dass die jetzige Regierung einen Mantel des Schweigens über das legen will, was mit den friedlichen Demonstrationen passiert, mit den legitimen Forderungen der Menschen und mit den Klagen über das Ende des demokratischen Prozesses. Die Menschen sollen zum Schweigen gebracht werden.

Was war die die Situation von Televisión Pública vor dem Putsch gegen Lugo?

Martinessi: Das öffentliche Fernsehen wurde unter Lugos Regierung geschaffen und es ist erst seit sechs Monaten im Äther. Es geht darum, neue Ideen, eine neue Ästhetik, neue Prozesse in die Kommunikation in Paraguay einzubringen. Wir haben es geschafft, den Bereich des kollektiven Gedächtnisses zur Diktatur zu thematisieren, wir haben die Ernährungssouveränität zu einem öffentlichen Thema gemacht, das sind alles enorm wichtige Dinge, die in den kommerziellen Medien keinen Platz haben.

Was diesen Angriff [der Putschisten] auf das öffentliche Fernsehen bewirkt hat, war ein Programm mit dem Namen «offenes Mikrofon». Darin können die Leute von irgendeinem Thema sprechen, und in den letzten Wochen haben die Leute von der Politik gesprochen, davon, dass sie nicht mit den Abgeordneten einverstanden waren, sie haben sie als Diebe und Ratten beschimpft und das Parlament wurde von den BürgerInnen in Frage gestellt.

Wie lief der Prozess der Vernetzung der Gemeinschaftsmedien vor dem Putsch?

Verón: Televisión Pública hat grosses Interesse geweckt und dem ganzen Spektrum von Gemeinschaftsmedien neue Impulse gegeben. Für sie waren die Entwicklung und das Wachstum von Televisión Pública deshalb von Bedeutung, weil es um eine neue Erfahrung ging, die wir zuvor noch nicht hatten: einen öffentlichen Fernsehsender in Paraguay.

Viele Gemeinschaftsradios vertreten Bauernorganisationen, und das öffentliche Fernsehen bot einen Raum, um beispielsweise die Souveränität über das Saatgut oder die traditionelle Nahrung der indigenen Bevölkerung zu thematisieren. Das heisst, es war ein Prozess der Vernetzung, der Verbindung zwischen den Gemeinschaftsmedien und dem öffentlichen Fernsehen im Gang. Leider haben wir jetzt eine De-facto-Regierung, die diesen Möglichkeiten ein Ende gesetzt hat, die unter Lugo Regierung eröffnet wurden.

Wie sieht die Zukunft des öffentlichen Fernsehens aus? Wird es verschwinden oder einfach anders werden?

Martinessi: Das öffentliche Fernsehen hat sichtbar gemacht, wie der demokratische Prozess beendet wurde. Was meine ich damit? Vor und im Fernsehsender hatten sich die Bürgerinnen und Bürger zum Widerstand versammelt, die Menschen gingen während Tagen auf die Strasse, um das Fernsehen zu verteidigen. Die Menschen haben verhindert, dass die Polizei hineingehen konnte, dass das Programm umgestellt und das «offene Mikrofon» abgestellt wurde. Das alles hat die Rolle des öffentlichen Fernsehens sichtbar gemacht. Viele von uns sind jetzt draussen [es gab eine Kündigungswelle – siehe Kasten], beispielsweise ich selbst und andere Leitungspersonen. Ich glaube, die Entwicklung des Fernsehens

wird unter dem Ende des demokratischen Prozesses schwer zu leiden haben, aber wir rufen die Bevölkerung auf, gemeinsam Widerstand zu leisten, zu kämpfen, Räume zu verteidigen. Es braucht eine Auseinandersetzung um die Diversität in den Medien, um die Hegemonie in den kommerziellen Medien zur Debatte zu stellen.

Gibt es Pläne, um das offene Mikrofon in den Gemeinschaftsradios aufrechtzuerhalten?

Martinessi: In verschiedenen Radios wurden offene Mikrofone eingerichtet. Wir glauben, dass das offene Mikrofon zu einer Form des Widerstands werden kann – in einem Land, das eine sehr dunkle Geschichte hat; eine Geschichte des Schweigens, der Apathie, von 35 Jahren Diktatur. Als Bürgerinnen und Bürger mit dem offenen Mikrofon Raum zu gewinnen, ist in diesem Moment sehr wichtig.

Verón: Der Vorschlag des offenen Mikrofons war der konkreteste und fassbarste Ausdruck der Ablehnung des Expressputschs. Das öffentliche Fernsehen wurde dadurch zu einer Festung des Widerstands, die Leute haben nach einem Ausdruck gesucht und begonnen, sich zu organisieren. Das offene Mikrofon wurde gewissermassen zu einem Leuchtturm, Tausende von Menschen haben sich vor Televisión Pública eingefunden und es wurde thematisiert, dass die kommerziellen Medien keinen Platz für die Meinung der Leute zur Verfügung stellen.

Während der Diktatur war Paraguay die Nummer eins in Sachen Antikommunismus. Wenn du jetzt den Leuten die Möglichkeit gibst, sich auszudrücken, schafft das einen eindrücklichen Wandel im Bewusstsein.

— Gekürzte Fassung eines Interviews von ALBA TV, 11.7.2012 (Übersetzung Yvonne Zimmermann)

Bild rechts: Die Bauernorganisation MAP protestiert gegen Soja-Monokulturen, deren Anbau in den letzten vier Jahren über dreissig Tote gefordert hat. Foto: MAP

MEDIEN: ZENSUR UND ENTLASSUNGEN

Die paraguayische JournalistInnen-Gewerkschaft SPP protestiert dagegen, dass staatliche Behörden seit dem Putsch wieder Zensur üben beziehungsweise dies versuchen. So wurde ein Lokalradio (Candela de Encarnación) von drei Personen bedroht, die sich als Mitglieder der Nationalen Telekommunikationskommission ausgaben. In einem anderen Radio sollte ein kritisches Programm abgesetzt werden. Nach heftigen Protesten verfügten die Behörden «lediglich» eine Reduktion der Sendezeit.

Beim öffentlichen Fernsehen wurden dreissig Angestellte entlassen – betroffen sind diejenigen, die gegen den Putsch protestierten. Eine politische «Säuberung» also. Die SPP hält fest: «Die Entlassungen sind willkürlich, es gibt keine sachlichen Gründe. Sie haben einen ideologischen Hintergrund.» Den Angestellten des öffentlichen Fernsehens drohte der zuständige Minister zudem, dass nur noch für wenige Wochen ein Budget zur Verfügung stünde. «Dem Fernsehen soll der Geldhahn abgedreht werden», so die Einschätzung von Betroffenen. Die JournalistInnen-Gewerkschaft geht davon aus, dass nach den Entlassungen wieder Geld für den weiteren Betrieb zur Verfügung stehen wird – für ein der Putschregierung dann freundlich gesinntes Fernsehen.

Agraroligarchie in Paraguay

Denken in feudalen Mustern. Traditionelle Agraroligarchie (Liberale) oder von Stroessner begünstigte Grossgrundbesitzer (Colorados) sind sich in der Agrarpolitik einig: Es gibt kein Recht auf Land für Kleinbauernfamilien.



Beginnen wir mit ein paar Zahlen zur Landverteilung in Paraguay – weltweit eine der Ungleichsten: – 85 Prozent der rund 40 Millionen Hektaren kultivierbares Land sind im Besitz von 2 Prozent der Bevölkerung.

– 7'851'295 Hektaren sind von Grossgrundbesitzern unter Verletzung diverser Agrargesetze illegal erworben worden.

– 64,1 Prozent dieser illegalen Zuteilungen (1,5 Millionen Hektaren in der Ostregion; 6,3 Millionen Hektaren im Chaco) sind im Zeitraum von 1954 bis 2003 vollzogen worden, das

heisst, sowohl während der Stroessner-Diktatur (1954-1989) als auch in der nachfolgenden «Demokratisierungsphase» unter der Führung der total korrupten Colorado-Partei. Das Massaker in Curuguaty ist eine direkte Folge dieser illegalen Situation. Die unrechtmässigen Besitzer der oben erwähnten Ländereien, wie in diesem Falle Blas N. Riquelme, beharren schamlos auf ihrem «Recht», auf dem illegal erhaltenen Besitz keine landlosen Besetzer dulden zu müssen. Mit Hilfe korrupter, willfähriger Richter und Staatsanwälte lassen sie die Landlosen auf gewalttätige Weise vertreiben.

Meist sind diese Grossgrundbesitzer auch in der Politik engagiert und sitzen als Senatoren und Abgeordnete im Parlament, wo sie direkt auf die Regierungsarbeit und Gesetzgebung Einfluss nehmen. Zwar gehören die ruchlosesten Exemplare dieser Spezies meist der ehemals von Stroessner usurpierten Colorado-Partei an, dennoch darf nicht übersehen werden, dass auch ein grosser Teil der Parlamentarier aus der ehemals angeblich oppositionellen Liberalen Partei diesem Treiben mindestens passiv zusieht. Letztlich haben sie die gleichen Interessen, denn, sie sind, abgesehen von einem minoritären linken Flügel, ebenfalls Bestandteil der Agro-Oligarchie, mit dem Unterschied, dass sie eher aus den traditionellen Grossgrundbesitzer-Familien stammen.

Alte und neue Agraroligarchie Die Vertreter der beiden Traditionsparteien stellen die grosse Mehrheit im paraguayischen Kongress. Ihnen gemeinsam ist ein Denken in nach wie vor «feudalen Mustern». Dadurch sehen sie keinen Sinn oder gar eine Berechtigung hinter den Forderungen der über 300'000 Kleinbauern-Familien (campesinos) nach einer echten Agrarreform, die ihnen eine existenzsichernde Zukunft mit sozialer Gerechtigkeit garantieren würde.

Im Gegenteil: In den letzten zwanzig bis dreissig Jahren haben sich viele Grossgrundbesitzer zu den bereits unrechtmässig erworbenen Ländereien noch weitere Gebiete angeeignet, die heute vor allem dem Anbau genveränderter Soja und Baumwolle dienen. So gehört zum Beispiel eine Million Hektaren Agrarland allein dem grössten Soja-Produzenten im Land, Tranquilo Favero.

Die an die Ränder dieser Anbaugelände verdrängten Kleinbauern und ihre Familien leiden wegen des Versprühens von Agrochemie seit Jahren an ernsthaften gesundheitlichen Schäden. Statt dass sich ihr Los endlich verbessert, verschlimmert es sich weiter.

Schliesslich möchte ich noch auf eine weitere katastrophale Folge dieses massiven Ausbaus von Monokulturen hinweisen: Seit Beginn des grossflächigen Anbaus von Soja Mitte der 1980er Jahre sind die Wälder Paraguays radikal gerodet worden, so dass der heutige Waldbestand noch 15 Prozent desjenigen von 1945 ausmacht. Dieses verantwortungslose Vorgehen zeitigt selbstredend massive Veränderungen beim Klima und der Qualität der Böden.

Sonderfall Paraguay «Paraguay – eine Insel, umgeben von Land», wie der paraguayische Autor Roa Bastos treffend bemerkte, ist durch Besonderheiten in seiner Geschichte und Kultur geprägt. Das Land und seine Bevölkerung haben – vermutlich zu einem nicht geringen Teil wegen ihrer geschützten Binnenlage im Zentrum des Kontinents und ähnlich wie die Schweiz – viele Entwicklungen in ihren grossen Nachbarländern nicht mitgemacht und deshalb eine ganze Reihe von Eigenarten kultiviert, die sie von dieser Umgebung unterscheiden. Die Menschen sind stark durch die indigene Kultur geprägt. Umgangssprache für den Grossteil der Landbevölkerung ist Guaraní.

Der parlamentarische Putsch in Paraguay bildet im Kontext der neoliberalen Gegenoffensive in ganz Lateinamerika keine Ausnahme. Aber ich möchte im Falle Paraguays unterstreichen, dass der von 1865 bis 1870 mit Genozid-Charakter geführte Krieg der Dreierallianz Argentinien, Brasilien, Uruguay (*Guerra de la Triple Alianza*) das Verhalten der Bevölkerung massiv und nachhaltig verändert hatte. Etwa 80 Prozent der männlichen Bevölkerung haben in diesem Krieg ihr Leben verloren. Die Folgen für die Gesellschaft waren verheerend, bis heute ist sie geschädigt. So hat sich Paraguay nie von der perversen Korruption befreit, die sich damals in den Strukturen des Landes eingestaltet hatte. Es gibt Zeitzeugen aus dieser Periode, die festgehalten haben, dass «*der Paraguayer vor dem Krieg ein ganz anderer war als der spätere: in seinem Verhalten, seinem Anstand und gar in seiner Ernährung, denn er war Vegetarier und ass wenig Fleisch*».

Vor dem Krieg: Agrarland = Staatsland Bis zu diesem desaströsen Krieg gab es in Paraguay keine Grossgrundbesitzer. Das nach der Unabhängigkeitserklärung von 1811 von der spanischen Krone übernommene Land wurde zu Staatsland erklärt. Der damalige Staatsoberhaupt Paraguays, Gaspar Rodríguez de Francia («*Yo, el Supremo*»), der dreissig Jahre lang regierte, veranlasste, dass die Landbevölkerung auf *Estancias de la Patria* (Staatsfarmen) nach neuzeitlichen Methoden Ackerbau und Viehzucht betreiben konnte und ihr Auskommen hatte. Das pure Gegenteil zur heutigen Situation in Paraguay.

— Walter Suter war Missionschef der Schweizer Vertretung in Paraguay von 1989 bis 1995

AGROTOXICOS – HERBIZIDE TÖTEN MENSCHEN

Silvino Talavera, ein elfjähriger Junge, starb 2003 im Departement Itapúa, weil er mit einem eigentlichen Giftcocktail (Endosulfat, Paraquat) besprüht worden war. Seine Familie lebte zwischen Sojafeldern, die mit der Gentechsoja Roundup Ready bepflanzt waren. Schwere Vergiftungserscheinungen zeigten sich über Jahre hinweg bei der ganzen Familie.

Petrona Villasbona T., Vater von Silvino, reichte gegen die beiden Grossgrundbesitzer Klage ein. Dafür wurde er mit dem Tode bedroht, seine einzige Kuh wurde vergiftet und es wurde ihm eine grosse Geldmenge angeboten, damit er die Klage zurückzog. Es brauchte enormen Druck von sozialen Organisationen und internationale Solidarität, damit das Oberste Gericht die beiden Grossgrundbesitzer 2006 schuldig sprach und zu einer zweijährigen Gefängnisstrafe verurteilte.

Gemäss Petrona haben sie ihre Strafe nie angetreten, und so geht in Paraguay die Vergiftung der ländlichen Bevölkerung durch Besprühungen mit Agrochemie weiter.

Paraguay – Ein Land im Griff des Terrors

Dunkle Kapitel der jüngsten Geschichte. Paraguay war bis zum Putsch im Juni so etwas wie ein weisser Fleck auf der politischen Landkarte. Zeit, einmal genauer hinzusehen – auf eine Geschichte der vergessenen Genozide, einer langen Diktatur und deren Terror.

Paraguay hatte 1811 seine Unabhängigkeit von Spanien errungen. Bis 1864 vermochte sich das Land unter der autonomistischen Politik seiner damaligen Präsidenten weitgehend dem Einfluss ausländischen Kapitals zu entziehen. Ebenfalls wurde die Entstehung von grossen Einzelvermögen zulasten vieler armen Bauern verhindert. Paraguay hatte sich unter diesen Bedingungen gut entwickelt: Es existierten viele Manufakturen mit Exportmöglichkeiten in andere Länder, eine eigene Eisenbahn- und Telegrafienlinie und der Staat hatte die Kontrolle über die Wasserwege inne. Dies behagte dem expandierenden britischen Kolonialreich nicht, via Brasilien und einem kriegerischen Angriff versuchte es, die britische Einflussphäre auszudehnen.

Zerstörung und Genozid 1865 schlossen sich Argentinien und Uruguay dem Krieg der *Triple Alianza* an, dem innert fünf Jahren rund 60 Prozent der Bevölkerung Paraguays zum Opfer fielen – 80 Prozent der männlichen Bevölkerung! Die Verletzung des gesellschaftlichen Zusammenhalts ist bis heute spürbar, und erst Mitte des 20. Jahrhunderts begannen sich wieder soziale Organisationen (Bauernliga) zu bilden. Die Industrien wurden im Krieg zerstört, grosse Landstücke zugunsten von Brasilien (60'000 Quadratkilometer) und Argentinien (94'000 Quadratkilometer) annektiert. Hiervon hat sich das Land bis heute nicht erholt, es ist eines der ärmsten Länder Lateinamerikas geblieben. Die Landwirtschaft ist noch heute von wenigen Grossgrundbesitzern dominiert und befindet sich zum Grossteil in ausländischen Händen. Das tragische Beispiel einer Nation, die versuchte, ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen, und bis heute an den Konsequenzen für diese Herausforderung der Imperialinteressen zu tragen hat. Nach Ölfunden im Chaco, dem paraguayisch-bolivianischen Grenzgebiet, stürzten 1932 die Multis Standard Oil und British Petroleum BP die beiden Länder in den dreijährigen *Chaco-Krieg*, einen Stellvertreterkrieg. Auf paraguayischer Seite fielen mindestens 50'000 Menschen, auf bolivianischer 80'000.



100'000 Dokumente mit grösster Akribie registriert entlarven den ganzen Horror der «Operation Condor»: Fiche einer jungen Argentinierin, die zusammen mit vier *Compañeros* «aufhöheren Befehl» am 16. Mai 1977 von Paraguay nach Argentinien ausgeflogen worden ist, wo zwar das Flugzeug und dessen Pilot, nicht aber die Gefangenen angekommen sind. Faksimile aus Archiv des Terrors, Asunción. Foto: R. Lechleiter

34 Jahre Diktatur Die soziale Lage der Menschen in Paraguay war nach diesem Krieg desaströs. Ein Volksaufstand im Februar 1936 vermochte zwar das alte Zweiparteiensystem aufzubrechen, die Volksorganisationen waren aber zu schwach, als dass der Aufstand nachhaltige Wirkung hätte entfalten können. 1954, mitten im Kalten Krieg, der vom Westen gegen die «Gefahr des Kommunismus» geführt wurde, kam der relativ junge General Alfredo Stroessner als neuer starker Mann von US-Gnaden an die Macht.

Stroessner hatte eine steile Militärkarriere hinter sich, und entpuppte sich als einer der blutrünstigsten des an Diktatoren nicht armen Subkontinents. Vom ersten bis zum letzten Tag seines 35-jährigen Regimes ist dieses gekennzeichnet von einer gnadenlosen Verfolgung auch des leisesten Anzeichens von Opposition, willkürlichen Verhaftungen, Konzentrationslagern, Folter, Verschwindenlassen von unliebsamen Personen, aussergerichtlichen Hinrichtungen sowie engster Zusammenarbeit mit den Geheimdiensten und Folterknechten der

anderen Diktaturregimes im Cono Sur (siehe Kasten: Operation Condor). Soziale Proteste der Bauernligen wurden ebenso unterdrückt wie alle gewerkschaftlichen und politischen Organisationen, insbesondere die Kommunistische Partei Paraguays. Deren Generalsekretär, Antonio Maidana, befand sich insgesamt 24 Jahre in Kerkerhaft, davon 19 Jahre ohne Unterbruch, zusammen mit Alfredo Alcorta und Julio Rojas. 1977 erhielten die drei politisches Asyl in der Botschaft von Peru. Maidana wurde im Zuge der Operation Condor 1980 in Buenos Aires auf offener Strasse verhaftet und ist seither verschwunden.

Die Kommission Justicia y Paz hält in ihrem Untersuchungsbericht fest, dass es unter Stroessner im Durchschnitt täglich zu zwei willkürlichen Verhaftungen kam, 34 Jahre lang. Insgesamt hinterlässt die Diktatur über 20'000 Todesopfer, ruinierte Familien, Angst.

Im Gegensatz zum Kampf gegen die Subversion bot das Stroessner-Regime in Paraguay SS-Offizieren und alten Nazigrößen einen sicheren Unterschlupf, sie wurden in die Staatspolizei, den Geheimdienst oder in die Verwaltung integriert.

Für seine Machterhaltung stützte sich Stroessner auf ein paar wenige Elemente: Erstens einen strikten Antikommunis-

mus, der ihm die politische Duldung und finanzielle Unterstützung seitens der USA einbrachte, zweitens auf die Ausschaltung aller verfassungsrechtlichen Instrumente durch die Deklarierung und Perpetuierung des Ausnahmezustandes, drittens auf einen massiv ausgebauten Repressionsapparat (Armee und Geheimdienst) sowie eine gleichgeschaltete Justiz und viertens auf die ANR, die einzige offiziell zugelassene staatstragende Partei der Colorados.

Stroessner baute seine Macht auf einer Klientelwirtschaft auf, die ein paar wenige Weggefährten zu Millionären machte, das Volk jedoch in Armut und Angst darben liess. Für die beiden grossen Wasserkraftwerke Itaipú und Yacyretá wurde unter ihm ein für Paraguay nachteiliger Deal mit Brasilien ausgehandelt. Im Alter von 77 Jahren, nach achtmaliger Wiederwahl als Staatsoberhaupt, wurde er schliesslich von einer Gruppe jüngerer Offiziere um General Rodríguez im Jahre 1989 in einem unblutigen Putsch von der Macht verdrängt und nach Brasilien abgeschoben. Er konnte dort völlig unbehelligt und unter luxuriösen Umständen siebzehn Jahre lang seinen erzwungenen Ruhestand geniessen. Auch seine schlimmsten Schergen wären beinahe in den Genuss von Straffreiheit gekommen.



Die CIA als integraler Bestandteil der «Operation Condor» aller Diktaturstaaten im Cono Sur: Faksimile einer Datenübertragung zu Händen der Geheimdienstabteilung der Armee-Generalstäbe von Paraguay, Argentinien und Brasilien. Aus: Archiv des Terrors, Asunción. Foto: R. Lechleiter

Archiv des Terrors Zum Verhängnis geworden ist ihnen die Aufdeckung des Archiv des Terrors. Lange hatte befürchtet werden müssen, Geheimdienst und Armee hätten allfällig vorhandene Beweise ihrer grauenhaften Tätigkeit sofort nach dem Sturz von Diktator Stroessner vernichtet. Dank der unermüdlichen Bestrebungen des Anwaltes Martin Almada – selber Folteropfer der Diktatur – gelang es schliesslich, in einer Polizeistation ausserhalb von Asunción praktisch das gesamte Archivmaterial des Geheimdienstes sicherzustellen.

Mit Akribie hatten die Schergen der Diktatur in mehr als 100'000 Dokumenten festgehalten, wie sie Zehntausende Menschen auf blossen Verdacht hin, und ohne je ein Gerichtsverfahren anzustreben, entführten, folterten und verschwinden liessen. Die bürokratische Gründlichkeit, mit welcher die Bundespolizei über die 35 Jahre währende Terrorherrschaft Buch führte, findet Vergleichbares im Preussentum der Nazis. Weitere Akten konnten später bei den Streitkräften, bei der technischen Abteilung des Innenministeriums sowie bei den Einwanderungsbehörden ausfindig gemacht werden.

Diese entlarvenden Materialien befinden sich heute in einem separaten Raum innerhalb des Justizpalastes von Asunción und sind zu Studienzwecken öffentlich zugänglich. Es fehlt jedoch weitgehend an Geld, um die Akten systematisch auszuwerten.

Und jetzt, mit der Rückkehr der Rechten an die Macht, ist es sehr unsicher, ob die Zeugnisse über diese Schreckenszeit nicht der Öffentlichkeit entzogen oder nachträglich noch ganz zum Verschwinden gebracht werden ...

— René Lechleiter, Architekt und Journalist (Vorwärts) ist seit 1970 Beobachter, Aktivist und Berichterstatter zu Lateinamerika

OPERATION CONDOR

Die Operation Condor (oder der Plan Condor) wurde als ein krimineller Pakt in Gang gesetzt, um die «kommunistische Gefahr» respektive die «Subversion» vollständig auszurotten und damit die angeblich gefährdete «nationale Sicherheit» in Lateinamerika wieder herzustellen. Anlass dazu waren die breit abgestützten Aufbruchbewegungen der 1970er Jahre mit der Unidad Popular unter Salvador Allende in Chile, dem Frente Amplio in Uruguay, Verstaatlichungen von Bergbauminen in Peru oder der Wahlsieg Cámporas mit Hilfe von Volksorganisationen in Argentinien, der die Rückkehr von Juan Domingo Perón ermöglichte.

All diese Bewegungen hatten zum Ziel, eine solidarischere Gesellschaft aufzubauen; basierend auf den nationalen Ressourcen sollte eine Entwicklung eingeleitet werden, um die wirtschaftliche Auslandabhängigkeit zu stoppen und das Verlangen der Bevölkerung nach einem würdigeren Leben zu erfüllen. Diese Zielsetzung stand in diametralem Gegensatz zu den Ideen der Chicago Boys, des Neoliberalismus, der Profitgier multinationaler Konzerne.

Offensichtlich genügte zur Durchsetzung der neoliberalen Konzepte der «Big Stick» – sprich die Militärputsche und die Umtriebe von Todesschwadronen – noch nicht. Um die Stimme und die Organisationen der Opposition, insbesondere der ArbeiterInnenschaft und der Linken, zum Schweigen zu bringen oder möglichst ganz auszumerzen, entstand der Plan Condor: ein klandestiner internationaler Zusammenschluss zur Koordination des Staats-Terrorismus. Beteiligt waren ab November 1975 die polizeilichen und militärischen Geheimdienste der sechs Diktaturstaaten Chile, Argentinien, Uruguay, Brasilien, Paraguay und Bolivien, unterstützt von und in Zusammenarbeit mit dem Geheimdienst Frankreichs, der Vereinigten Staaten sowie dem radikalsten Teil der Exilkubaner in Miami. 1978 schlossen sich dem todbringenden Treiben auch Peru und Ecuador an.

Es ist kein Zufall, dass die ersten Schritte zur Konkretisierung durch General Stroessner in Paraguay eingeleitet wurden, indem er ein Treffen zwischen seinem Geheimdienstchef, Pastor Coronel, und dem stellvertretenden Chef der DINA (Chile), Oberst Jahn, in Asunción arrangierte. Stroessner in Paraguay, Pinochet in Chile und die Generäle in Brasilien hatten bereits einschlägige Resultate im Kampf gegen «die Subversion» vorzuweisen und flochten nun ein grenzüberschreitendes Netz zur physischen Eliminierung von Oppositionellen.

Bis heute ist das grauenhafte Tun der Geheimdienste in dieser Periode nicht vollständig aufgearbeitet, und man kann auch nicht wirklich behaupten, die sinistren Strukturen seien beseitigt worden. Die Kondore hocken in ihren Nestern und können, wenn nötig, jederzeit ausfliegen. Die umfassendste Darstellung der Methoden des Terrors und des Grauens liefert die Journalistin Stella Calloni; gemäss der noch nicht abgeschlossenen Auswertung heute zugänglicher Akten sind durch die Operation Condor 50'000 Menschen ermordet worden, weitere 30'000 sind verschwunden und gegen 400'000 sind in Gefangenschaft geraten und dort den grässlichsten Foltermethoden unterzogen worden.

Tatsache ist auch, dass praktisch alle Verantwortlichen für den Plan Condor, sowohl die Hauptinitiatoren als auch die meisten Schergen, völlig straflos davongekommen sind – im Gegensatz zu ihren Opfern respektive deren Hinterbliebenen erfreuen sie sich fürstlicher Pensionen, abgeleitet nach ihrem Dienstgrad.

BASEL

Dienstag, 4. September
18.30 Uhr, Unternehmen Mitte
Gerbergasse 30, 4001 Basel
organisiert mit Gruppe ALBA

BERN

Donnerstag, 6. September
19.30 Uhr, Casa d'Italia
Bühlstr. 57, 3012 Bern
organisiert mit UNIA Bern, Asolatino

ZÜRICH

Dienstag, 11. September
19.30 Uhr, Volkshaus
Stauffacherstr. 60, 8004 Zürich
organisiert mit Red Latinoamericana,
ASOCOL Zurich

Paraguay – in Basel, Bern und Zürich

Informations- und Diskussionsveranstaltungen. Am 22. Juni wurde der paraguayische Präsident Fernando Lugo innerhalb von wenigen Stunden mit einem parlamentarischen Putsch aus dem Amt gefegt. Dahinter stehen die Interessen von Grossgrundbesitzern und transnationalen Konzernen, Narcos und Pentagon.

Staatsstreich in Honduras, versuchter Polizeiputsch in Ecuador, permanente Angriffe gegen den linken Aufbruch in Bolivien – Gross angelegte, transnational gestützte Destabilisierungskampagnen sollen fortschrittliche Regierungen und die dahinter stehenden Emanzipationsbewegungen einkreisen und schwächen. Ein neuer Putschismus macht sich breit. Die hiesigen Medien schweigen weitestgehend dazu.

Unsere Solidarität ist gefragt! Wir wollen uns mit den aktuellen Entwicklungen in Paraguay und Lateinamerika auseinandersetzen, damit, wie wir den neuen Versuchen der Unterdrückung begegnen und die Befreiungskämpfe in Lateinamerika wieder in unser Denken und Handeln einfließen lassen.

**SOLIFONDS und Zentralamerika-Sekretariat
freuen sich auf eure Teilnahme!**

Wir brauchen eure
Unterstützung!

Der Putsch in Paraguay und dauernde Angriffe auf emanzipatorische Bewegungen in Lateinamerika sind in unseren Medien kaum Thema. Deshalb haben wir diese Sonderzeitung produziert. Um die Kosten zu decken, sind wir auf finanzielle Unterstützung angewiesen. Wir danken euch für einen Soli-Beitrag auf untenstehendes Konto. Einen allfälligen Überschuss werden wir an die Volksbewegungen in Paraguay überweisen.

**Herzlichen Dank für eure Solidarität!
Zentralamerika-Sekretariat, SOLIFONDS und antidotincl.**

Überweisung mit Vermerk «antidot» auf:
SOLIFONDS PC-Konto 80-7761-7, IBAN-Nr. CH52 0900 0000 8000 7761 7

HERAUSGEBENDE ORGANISATIONEN

Correos
DE LAS AMÉRICAS

Vor über 30 Jahren haben wir angefangen, die Befreiungskräfte in Zentralamerika finanziell und politisch zu unterstützen. Hinzu gekommen sind punktuelle Unterstützungen für emanzipatorische Kräfte weiter im Süden wie aktuell die Demokratiebewegung in Paraguay.

Wir geben viermal im Jahr die Zeitung „Correos de las Américas“ heraus (deutsch, Jahresabo 45.-). Mit Berichten aus dem Transformationsprozess im Südkontinent und gegen den imperialen Konsens auch hierzulande.

Aktuelles und Hintergründiges findet ihr auch auf unserem Blog:
zas-corres.blogspot.com

Für unten, gegen oben!

ZENTRALAMERIKA-SEKRETARIAT
SECRETARIAT D' AMERIQUE CENTRALE
SECRETARIADO DE CENTROAMERICA

Postfach, CH – 8031 Zürich | Tel. + 41 44 271 57 30
zas11@sunrise.ch | PC 80-60518-0

SOLIFONDS

Solidaritätsfonds für soziale Befreiungskämpfe

Curuguaty, Paraguay – 17 Tote; 54 Bäuerinnen und Bauern, darunter Minderjährige, werden verhaftet, die Anklagen sind konstruiert – es drohen Gefängnisstrafen bis zu 34 Jahren.

Der SOLIFONDS übernimmt auf Anfrage der Bauern- und Volksorganisation MAP die Kosten für die juristische Verteidigung der Angeklagten. Er unterstützt auch die Mobilisierungen und Proteste der Bauernorganisationen, denn nur eine Agrarreform unter demokratischen Verhältnissen garantiert ihnen ihre Rechte und eine Zukunft für ihre Familien.

Der SOLIFONDS unterstützt soziale Befreiungskämpfe rasch und unbürokratisch – aktuell in Paraguay, morgen in einem andern Land Lateinamerikas, Afrikas oder Asiens.

SOLIFONDS – internationale Solidarität konkret!

Quellenstr. 25, Postfach, 8031 Zürich / Tel. 044 272 60 37
mail@solifonds.ch / www.solifonds.ch / PC 80-7761-7